

## 375 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Nachdruck vom 21. 2. 1992

# Regierungsvorlage

### ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK ZYPERN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich  
und  
die Republik Zypern

in dem Wunsche, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit zu regeln,

haben folgendes vereinbart:

#### ABSCHNITT I

#### ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

##### Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Rechtsvorschriften“  
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die im Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
2. „Gebiet“  
in bezug auf Österreich  
dessen Bundesgebiet,  
in bezug auf Zypern  
die Insel Zypern;
3. „Staatsangehöriger“  
in bezug auf Österreich  
einen österreichischen Staatsbürger,  
in bezug auf Zypern  
einen Staatsbürger der Republik Zypern;
4. „zuständige Behörde“  
in bezug auf Österreich  
den Bundesminister, der mit der Anwendung der im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften betraut ist,  
in bezug auf Zypern  
den Minister für Arbeit und Sozialversicherung;

5. „Träger“  
in bezug auf Österreich  
die Einrichtung oder Behörde, der die Durchführung der im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt,  
in bezug auf Zypern  
das Amt für Sozialversicherungsdienste;
6. „zuständiger Träger“  
den nach den jeweils anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;
7. „Versicherungszeit“  
eine Beitragszeit oder gleichgestellte Zeit, die in bezug auf die in Betracht kommende Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates als solche bestimmt oder anerkannt ist;
8. „Geldleistung“ oder „Pension“  
eine Geldleistung oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen und Zahlungen, die als Beitragserrstattungen geleistet werden.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zukommt.

##### Artikel 2

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. in bezug auf Österreich auf die Rechtsvorschriften über
    - a) die Krankenversicherung,
    - b) die Unfallversicherung,
    - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sondersicherung für das Notariat,
    - d) das Arbeitslosengeld;
  2. in bezug auf Zypern auf die Sozialversicherungsgesetze 1980 bis 1990 betreffend
    - a) das Wochengeld,
    - b) das Krankengeld,
    - c) die Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
    - d) die Alterspension,

- e) die Invaliditätspension,
- f) die Witwen(Witwer)pension,
- g) die Waisenleistung,
- h) das Arbeitslosengeld.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, die die im Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften aufheben, ersetzen, ändern, ergänzen oder zusammenfassen.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht andere Übereinkommen über Soziale Sicherheit eines Vertragsstaates mit dritten Staaten oder Rechtsvorschriften, die zu deren Ausführung dienen, soweit solche Übereinkommen oder Rechtsvorschriften nicht Versicherungslastregelungen enthalten.

### Artikel 3

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den im Buchstaben a bezeichneten Personen ableiten.

### Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaates gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates sind Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich außerhalb des Gebietes der beiden Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfang zu erbringen wie Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaates, die sich außerhalb des Gebietes der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten.

(3) Absatz 1 berührt nicht die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend

- a) die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der Sozialen Sicherheit;
- b) Versicherungslastregelungen in Übereinkünften mit dritten Staaten;
- c) die Versicherung der bei einer amtlichen österreichischen Vertretung in einem Drittstaat oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(4) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgestellten Zeiten nur für zypriotische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

### Artikel 5

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, sind Pensionen und andere Geldleistungen mit Ausnahme des Arbeitslosengeldes, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gebühren, Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten sowie anderen Personen, soweit diese ihre Rechte von einem Staatsangehörigen ableiten, auch bei Aufenthalt des Berechtigten im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu zahlen.

(2) Absatz 1 bezieht sich nicht auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

## ABSCHNITT II

### BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

#### Artikel 6

Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 bis 9 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstä-

sich der Wohnort des Erwerbstätigen oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

#### Artikel 7

(1) Wird ein Versicherter von einem Dienstgeber, der seinen Wohnort oder seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, aus dem Gebiet dieses Vertragsstaates vorübergehend in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten während der ersten 24 Kalendermonate der Beschäftigung im Gebiet des zweiten Vertragsstaates die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(3) Für die Besatzung eines Seeschiffes gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

#### Artikel 8

Wird eine Person im öffentlichen Dienst eines Vertragsstaates oder im Dienst einer anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaft dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so gelten hinsichtlich dieser Beschäftigung die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates

## 375 der Beilagen

3

nur, wenn sie dessen Staatsangehöriger ist oder sich in dessen Gebiet gewöhnlich aufhält. Im letzteren Fall kann sie aber innerhalb von drei Monaten nach Beginn ihrer Beschäftigung wählen, daß für sie nur die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gelten, wenn sie dessen Staatsangehöriger ist.

**Artikel 9**

(1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können einvernehmlich Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 im Interesse der betroffenen Personen vorsehen.

(2) Die Anwendung des Absatzes 1 ist von einem Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers abhängig.

(3) Gelten für eine Person nach Absatz 1 und nach den Artikeln 7 und 8 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl sie die Erwerbstätigkeit im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob sie diese Erwerbstätigkeit im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

**ABSCHNITT III****BESONDERE BESTIMMUNGEN****Kapitel 1****Besondere Bestimmungen betreffend die Feststellung von Versicherungszeiten****Artikel 10**

(1) Für die Feststellung einer Versicherungszeit für einen Anspruch auf eine nach den im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 2 bezeichneten Rechtsvorschriften vorgesehene Leistung wird eine Person so behandelt, als hätte sie für jeden Tag einer nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherung versicherte Einkünfte nach den zypriotischen Rechtsvorschriften in der Höhe von einem Sechstel des wöchentlichen Grundbetrages der versicherten Einkünfte, wobei ein Versicherungsmonat nach den österreichischen Rechtsvorschriften 26 Tagen entspricht.

(2) Für die Feststellung einer Versicherungszeit für einen Anspruch auf eine nach den im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften vorgesehene Leistung

- a) entspricht eine vor dem 6. Oktober 1980 nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungswoche als eine Versicherungszeit von sechs Tagen nach den österreichischen Rechtsvorschriften;
- b) sind die versicherten Einkünfte für eine nach dem 5. Oktober 1980 nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeit durch den wöchentlichen Grundbe-

trag der versicherten Einkünfte des betreffenden Beitragsjahres zu teilen. Die so errechnete Zahl gilt bis zur Höchstzahl von Wochen, während der für die Person diese Rechtsvorschriften in diesem Jahr galten, als die nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegte Anzahl von Wochen an Versicherungszeit. Jede solche Woche gilt als sechs Versicherungstage nach den österreichischen Rechtsvorschriften;

c) entsprechen 26 Versicherungstage nach den zypriotischen Rechtsvorschriften einem Versicherungsmonat nach den österreichischen Rechtsvorschriften, wobei Resttage als ein ganzer Monat gelten.

(3) Können die Zeiträume, in denen bestimmte Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegt wurden, nicht genau ermittelt werden, so ist anzunehmen, daß diese Zeiten sich nicht mit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten decken.

**Kapitel 2****Krankheit und Mutterschaft****Artikel 11**

(1) Hat eine Person nach ihrer letzten Einreise in das Gebiet eines Vertragsstaates eine Versicherungszeit nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates zurückgelegt, so gilt für einen Anspruch auf Leistungen bei Krankheit oder Mutterschaft nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates eine nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeit als eine nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeit.

(2) Hätte eine Person mit oder ohne Anwendung dieses Abkommens Anspruch auf Geldleistungen bei Krankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten für denselben Zeitraum einer Arbeitsunfähigkeit, so erhält sie Geldleistungen bei Krankheit nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen sie zuletzt versichert war.

(3) Hätte eine Frau mit oder ohne Anwendung dieses Abkommens Anspruch auf Wochengeld nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten hinsichtlich derselben Entbindung für denselben Zeitraum, so erhält sie Wochengeld nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen sie zuletzt versichert war.

**Kapitel 3****Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 12**

(1) Ist eine Person im Gebiet von Österreich beschäftigt und unterliegt sie nach den Artikeln 7 bis

2

9 den zypriotischen Rechtsvorschriften, wird sie nach diesen Rechtsvorschriften hinsichtlich eines Anspruches auf eine Leistung für einen während dieser Beschäftigung erlittenen Arbeitsunfall oder eine während dieser Beschäftigung zugezogenen Berufskrankheit so behandelt, als wäre dieser Arbeitsunfall oder diese Berufskrankheit im Gebiet Zyperns eingetreten.

(2) Erleidet eine Person, die den zypriotischen Rechtsvorschriften unterliegt, einen Unfall, nachdem sie das Gebiet eines Vertragsstaates verlassen hat, um sich während ihrer Beschäftigung in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, bevor sie in diesem Gebiet eintrifft, wird für einen Anspruch auf eine Leistung aus diesem Unfall

- a) der Unfall so behandelt, als wäre er im Gebiet Zyperns eingetreten, und
- b) ihre Abwesenheit vom Gebiet Zyperns für die Feststellung, ob ihre Beschäftigung eine Beschäftigung als Dienstnehmer nach diesen Rechtsvorschriften war, außer Betracht gelassen.

#### Artikel 13

Erleidet eine Person eine Berufskrankheit, nachdem sie im Gebiet beider Vertragsstaaten Beschäftigungen ausgeübt hat, die ihrer Art nach geeignet waren, nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten diese Krankheit zu verursachen, so sind nur die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet eine solche Beschäftigung zuletzt ausgeübt wurde, bevor die Krankheit festgestellt wurde; hiebei ist, falls erforderlich, jede derartige Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen.

#### Artikel 14

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat, erhält bei Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates zu Lasten des zuständigen Trägers Sachleistungen mit Ausnahme der Berufsfürsorge vom Träger ihres Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 sind die Sachleistungen zu gewähren  
in Österreich

von der für den Aufenthaltsort des Berechtigten in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse oder einem Träger der Unfallversicherung,

in Zypern

von den Krankenanstalten und Einrichtungen der Regierung.

(3) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeu-

tung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt, es sei denn, daß die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit des Betroffenen ernsthaft zu gefährden.

#### Artikel 15

(1) Der zuständige Träger hat dem Träger des Aufenthaltsortes die in den Fällen des Artikels 14 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten zu erstatten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen Pauschalzahlungen treten.

#### Kapitel 4

#### Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

#### Artikel 16

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese, falls nichts anderes bestimmt wird, für den Erwerb eines Leistungsanspruches zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Erreichen die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate oder 52 Wochen, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren; in diesem Fall hat der Träger des anderen Vertragsstaates diese Versicherungszeiten für den Erwerb des Leistungsanspruches sowie für die Feststellung des Betrages der Leistung zu berücksichtigen, als wären diese Versicherungszeiten nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegt. Dies gilt nicht, wenn der Anspruch auf diese Leistung nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates ausschließlich auf Grund der nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten erworben wurde.

#### Teil 1

#### Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften

#### Artikel 17

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische

Träger die Leistungen auf folgende Weise festzustellen:

- a) Der Träger hat nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 16 Anspruch auf die Leistung hat.
- b) Besteht ein Anspruch auf eine Leistung, so hat der Träger zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten ausschließlich nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären. Ist der Betrag der Leistung von der Versicherungsdauer unabhängig, so gilt dieser Betrag als theoretischer Betrag.
- c) Sodann hat der Träger die geschuldete Teilleistung auf der Grundlage des nach Buchstaben b errechneten Betrages nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten besteht.

#### Artikel 18

Der zuständige österreichische Träger hat die Artikel 16 und 17 nach folgenden Regeln anzuwenden:

1. Für die Feststellung des leistungszuständigen Trägers sind ausschließlich österreichische Versicherungszeiten zu berücksichtigen.
2. Die Artikel 16 und 17 gelten nicht für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreuegeldes aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung.
3. Bei der Durchführung des Artikels 17 gilt folgendes:
  - a) Die Bemessungsgrundlage ist nur aus den österreichischen Versicherungszeiten zu bilden.
  - b) Beiträge zur Höherversicherung, der knappschaftliche Leistungszuschlag, der Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage haben außer Ansatz zu bleiben.
4. Bei der Durchführung des Artikels 17 Buchstaben b und c sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten sich deckende Versicherungszeiten so zu berücksichtigen, als würden sie sich nicht zeitlich decken.
5. Übersteigt bei der Durchführung des Artikels 17 Buchstabe c die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen

Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilpension nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.

6. Für die Bemessung des Hilflosenzuschusses gilt Artikel 17 Buchstaben b und c; Ziffer 11 ist entsprechend anzuwenden.
7. Der nach Artikel 17 Buchstabe c errechnete Betrag erhöht sich allenfalls um Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung, den knappschaftlichen Leistungszuschlag, den Hilflosenzuschuß und die Ausgleichszulage.
8. Hängt die Gewährung von Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung davon ab, daß wesentlich bergmännische Tätigkeiten im Sinne der österreichischen Rechtsvorschriften in bestimmten Betrieben zurückgelegt sind, so sind von den zypriotischen Versicherungszeiten nur jene zu berücksichtigen, denen eine Beschäftigung in einem gleichartigen Betrieb mit einer gleichartigen Tätigkeit zugrunde liegt.
9. Sonderzahlungen gebühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Ziffer 11 ist entsprechend anzuwenden.
10. a) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Berücksichtigung des Artikels 16 ein Anspruch auf Leistung, so hat der zuständige Träger die allein auf Grund der nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten gebührende Leistung zu gewähren, solange ein entsprechender Leistungsanspruch nach den zypriotischen Rechtsvorschriften nicht besteht.
  - b) Eine nach Buchstabe a festgestellte Leistung ist nach Artikel 17 festzustellen, wenn ein entsprechender Leistungsanspruch nach den zypriotischen Rechtsvorschriften entsteht. Die Neufeststellung erfolgt mit Wirkung vom Tag des Beginnes der Leistung nach den zypriotischen Rechtsvorschriften. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Neufeststellung nicht entgegen.
11. Hat eine Person nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Berücksichtigung des Artikels 16 Anspruch auf Leistung und wäre diese höher als die Summe der nach Artikel 17 Buchstabe c errechneten österreichischen Leistung und der entsprechenden zypriotischen Leistung, so hat der zuständige

Träger seine so berechnete Leistung, erhöht um den Unterschiedsbetrag zwischen dieser Summe und der Leistung, die nach den österreichischen Rechtsvorschriften allein zustünde, als Teilleistung zu gewähren.

12. Gebührt einer Frau anstelle einer Witwenpension nach den zypriotischen Rechtsvorschriften eine Alterspension oder eine Ruhestandspension nach diesen Rechtsvorschriften, sind bei Feststellung einer Witwenpension nach den österreichischen Rechtsvorschriften Artikel 17 sowie die Ziffern 10 und 11 so anzuwenden, als ob nach den zypriotischen Rechtsvorschriften Anspruch auf eine Witwenpension bestünde.

## Teil 2

### Leistungen nach den zypriotischen Rechtsvorschriften

#### Artikel 19

(1) Hat eine Person Anspruch auf Pension allein auf Grund der nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, so ist diese Pension zu gewähren und Artikel 16 nicht anzuwenden.

- (2) a) Hat eine Person keinen Anspruch auf Leistung auf Grund der nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, aber Anspruch auf diese Leistung unter Zusammenrechnung der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten nach Artikel 16, so hat der zuständige zypriotische Träger den Betrag der Ergänzungsleistung nach den zypriotischen Rechtsvorschriften ausschließlich auf Grund der nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu berechnen.
- b) Der Betrag der nach dem Abkommen in diesem Fall gebührenden Grundleistung ist wie folgt festzustellen:
- i) Der zuständige zypriotische Träger hat zunächst den theoretischen Betrag der Leistung zu berechnen, die zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegten und nach Artikel 16 zusammengerechneten Versicherungszeiten ausschließlich nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären.
  - ii) Sodann hat der Träger den so errechneten theoretischen Betrag der Leistung im Verhältnis zu teilen, das zwischen der Dauer der nach den zypriotischen Rechtsvorschriften zu-

rückgelegten Versicherungszeiten und der Gesamtdauer dieser Versicherungszeiten und der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten besteht.

(3) Beansprucht eine Person eine Alterspension nach den zypriotischen Rechtsvorschriften, hat der zuständige zypriotische Träger bei Anwendung des Absatzes 2 gegebenenfalls die von ihrem Ehegatten nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen.

(4) Bei Anwendung der zypriotischen Rechtsvorschriften betreffend das Pensionsalter der Bergleute hat der zuständige zypriotische Träger die nach den österreichischen Rechtsvorschriften in einer Beschäftigung zurückgelegten Versicherungszeiten, die nach den zypriotischen Rechtsvorschriften als eine bergmännische Beschäftigung gelten würde, zu berücksichtigen.

(5) Bei Anwendung der Absätze 2 bis 4 hat der zuständige zypriotische Träger nur die nach dem 6. Jänner 1957 nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und nur in dem Ausmaß zu berücksichtigen, als diese Versicherungszeiten für den Anspruch auf Leistung erforderlich sind.

## Kapitel 5

### Arbeitslosigkeit

#### Artikel 20

(1) Hat eine Person nach ihrer letzten Einreise in das Gebiet eines Vertragsstaates eine arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt, so gelten für den Anspruch auf Geldleistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Beitragszeiten als nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates zurückgelegte Beitragszeiten.

(2) Die Anwendung des Absatzes 1 setzt in bezug auf die österreichischen Rechtsvorschriften voraus, daß der Dienstnehmer in den letzten zwölf Monaten vor Geltendmachung des Anspruches insgesamt mindestens vier Wochen arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt war, es sei denn, daß die Beschäftigung ohne Verschulden des Dienstnehmers geendet hat.

(3) Macht eine Person auf Grund des Absatzes 1 einen Anspruch auf Geldleistungen bei Arbeitslosigkeit nach den zypriotischen Rechtsvorschriften geltend, so ist jede Zeit, während der sie eine Leistung nach den österreichischen Rechtsvorschriften erhalten hat, so zu behandeln, als ob sie während dieser Zeit eine Geldleistung bei Arbeitslosigkeit nach den zypriotischen Rechtsvorschriften erhalten

## 375 der Beilagen

7

hätte, soweit diese Zeit innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem ersten Tag liegt, für den eine Geldleistung bei Arbeitslosigkeit nach den zypriotischen Rechtsvorschriften gebührt.

## ABSCHNITT IV

## VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

## Artikel 21

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung zu regeln.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben einander zu unterrichten

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Für die Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Behörden und Träger eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in einer Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(5) Die Behörden und Träger können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit den beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, sind auf Ersuchen des zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsortes zu veranlassen. Die Kosten einer solchen Untersuchung sind von diesem Träger zu tragen.

## Artikel 22

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

## Artikel 23

(1) Jede in den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsg

gebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung durch die diplomatischen oder konsularischen Behörden.

## Artikel 24

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates zu übermitteln.

## Artikel 25

(1) Der zuständige Träger eines Vertragsstaates kann Leistungen mit befreiender Wirkung in der Währung dieses Vertragsstaates oder in einer anderen frei konvertierbaren Währung erbringen.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistung gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

#### Artikel 26

Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt und ist für denselben Zeitraum eine Nachzahlung einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu gewähren, hat der Träger des zweiten Vertragsstaates den als Vorschuß gezahlten Betrag von dieser Nachzahlung einzubehalten und den einbehaltenen Betrag an den Träger des ersten Vertragsstaates zu überweisen. Hat der Träger eines Vertragsstaates für einen Zeitraum, für den der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

#### Artikel 27

(1) Jede Streitigkeit zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens ist zum Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu machen.

(2) Kann die Streitigkeit auf diese Art nicht innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Verhandlungen entschieden werden, so wird sie auf Verlangen eines oder beider Vertragsstaaten einer Schiedskommission unterbreitet, deren Zusammensetzung durch eine Vereinbarung zwischen den beiden Vertragsstaaten bestimmt wird. Das anzuwendende Verfahren wird in der gleichen Weise festgelegt.

(3) Die Schiedskommission hat den Streitfall nach den Grundsätzen und dem Geiste dieses Abkommens zu entscheiden. Ihre Entscheidungen sind verbindlich und endgültig.

### ABSCHNITT V ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### Artikel 28

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen sind auch Versicherungszeiten zu berücksichtigen, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten dieses Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, soweit früher festgestellte Ansprüche nicht durch einmalige Leistungen abgegolten worden sind. In diesen Fällen sind Pensionen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten nach den Bestimmungen dieses Abkommens festzustellen. Wird der Antrag auf Feststellung innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt wird.

#### Artikel 29

Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

#### Artikel 30

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Nikosia auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten schriftlich kündigen.

(4) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; zur Regelung der auf Grund der Bestimmungen dieses Abkommens erworbenen Anwartschaften sind Verhandlungen zu führen.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 5. November 1991 in zwei Urschriften in deutscher und griechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:  
**Josef Hesoun**

Für die Republik Zypern:  
**Dr. Iacovos Aristidou**



**ΣΥΜΒΑΣΗ**

**ΜΕΤΑΞΥ ΤΗΣ ΑΥΣΤΡΙΑΚΗΣ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ  
ΚΑΙ ΤΗΣ ΚΥΠΡΙΑΚΗΣ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ  
ΓΙΑ ΤΗΝ ΚΟΙΝΩΝΙΚΗ ΑΣΦΑΛΕΙΑ**

**Η Αυστριακή Δημοκρατία**

**και**

**Η Κυπριακή Δημοκρατία**

**Έχοντας αποφασίσει να ρυθμίσουν τις αμοιβαίες σχέσεις  
μεταξύ των δύο Κρατών στον τομέα της Κοινωνικής Ασφάλειας,**

**Συμφώνησαν να συνάψουν την ακόλουθη Σύμβαση:**

## ΜΕΡΟΣ Ι

## ΓΕΝΙΚΕΣ ΔΙΑΤΑΞΕΙΣ

Άρθρο 1

(1) Για τους σκοπούς της παρούσας Σύμβασης,

1. "νομοθεσία" σημαίνει,  
τους νόμους, κανονισμούς και τις νομικές πράξεις  
που αφορούν στους κλάδους κοινωνικής ασφάλειας  
που αναφέρονται στην παράγραφο (1) του Άρθρου 2
2. "περιοχή" σημαίνει,  
όσον αφορά την Αυστρία,  
την περιοχή της,  
όσον αφορά την Κύπρο,  
τη νήσο Κύπρο
3. "πολίτης" σημαίνει,  
όσον αφορά την Αυστρία,  
Αυστριακό πολίτη,  
όσον αφορά την Κύπρο,  
πολίτη της Κυπριακής Δημοκρατίας
4. "αρμόδια αρχή" σημαίνει,  
όσον αφορά την Αυστρία,  
τον Ομοσπονδιακό Υπουργό τον υπεύθυνο για  
την εφαρμογή της νομοθεσίας που αναφέρεται  
στην υποπαράγραφο 1 της παραγράφου (1) του  
Άρθρου 2,  
όσον αφορά την Κύπρο,  
τον Υπουργό Εργασίας και Κοινωνικών Ασφαλίσεων

5. "φορέας" σημαίνει,  
όσον αφορά την Αυστρία,  
την υπηρεσία ή την αρχή η οποία είναι αρμόδια  
για την εφαρμογή ολόκληρης ή μέρους της νομο-  
θεσίας που αναφέρεται στην υποπαράγραφο 1  
της παραγράφου (1) του Άρθρου 2,  
όσον αφορά την Κύπρο,  
το Τμήμα Υπηρεσιών Κοινωνικών Ασφαλίσεων
  
6. "αρμόδιος φορέας" σημαίνει,  
το φορέα ο οποίος είναι αρμόδιος να επιληφθεί  
της υπόθεσης για την οποία πρόκειται σύμφωνα  
με την εφαρμοζόμενη νομοθεσία
  
7. "περίοδος ασφάλισης" σημαίνει,  
περίοδο εισφοράς ή ισοδύναμη περίοδο, η οποία  
ορίζεται ως τέτοια από τη νομοθεσία ενός Μέρους,  
και η οποία λαμβάνεται υπόψη για σκοπούς της  
παροχής για την οποία πρόκειται
  
8. "χρηματική παροχή" ή "σύνταξη" σημαίνει,  
χρηματική παροχή ή σύνταξη περιλαμβανομένων  
και όλων των τμημάτων της τα οποία καταβάλλονται  
από δημόσια ταμεία, όλων των προσαυξήσεων, ποσών  
αναπροσαρμογής, πρόσθετων επιδομάτων και εφάπαξ  
πληρωμών και πληρωμών που γίνονται για επιστροφή  
εισφορών.

(2) Άλλοι όροι και φράσεις που χρησιμοποιούνται στην παρούσα Σύμβαση έχουν την έννοια που αποδίδεται σ' αυτούς από την εφαρμοζόμενη νομοθεσία.

Άρθρο 2

(1) Η παρούσα Σύμβαση έχει εφαρμογή:

1. όσον αφορά την Αυστρία, στη νομοθεσία για

- (α) την ασφάλιση ασθένειας,
- (β) την ασφάλιση ατυχημάτων,
- (γ) την ασφάλιση συντάξεως, εξαιρουμένης της ασφάλισης των συμβολαιογράφων, και
- (δ) τις παροχές ανεργίας

2. όσον αφορά την Κύπρο, στις διατάξεις των περί Κοινωνικών Ασφαλίσεων Νόμων του 1980 έως 1990 οι οποίες διέπουν τις ακόλουθες παροχές:

- (α) επίδομα μητρότητας,
- (β) επίδομα ασθένειας,
- (γ) παροχές επαγγελματικών βλαβών,
- (δ) σύνταξη γήρατος,
- (ε) σύνταξη ανικανότητας,
- (ζ) σύνταξη χηρείας,
- (η) επίδομα ορφανίας, και
- (θ) επίδομα ανεργίας.

(2) Η παρούσα Σύμβαση εφαρμόζεται επίσης σ' οποιαδήποτε νομοθεσία που καταργεί, αντικαθιστά, τροποποιεί, συμπληρώνει ή ενοποιεί τις νομοθεσίες που αναφέρονται στην παράγραφο (1) του Άρθρου αυτού.

(3) Η παρούσα Σύμβαση δεν επηρεάζει οποιαδήποτε άλλη σύμβαση Κοινωνικής Ασφάλειας την οποία οποιοδήποτε Μέρος έχει συννομολογήσει με τρίτο κράτος ή οποιαδήποτε νομοθεσία η οποία θέτει σ' εφαρμογή τέτοια σύμβαση, εκτός στο μέτρο που η εν λόγω σύμβαση ή νομοθεσία περιέχει διατάξεις που σχετίζονται με τον επιμερισμό των ασφαλιστικών βαρών.

Άρθρο 3

Η παρούσα Σύμβαση έχει εφαρμογή:

- (α) σε πρόσωπα τα οποία υπάγονται ή έχουν υπαχθεί στη νομοθεσία του ενός ή και των δύο Μερών,
- (β) σε άλλα πρόσωπα αναφορικά με δικαιώματα τα οποία έλκουν πρόσωπα που αναφέρονται στην υποπαράγραφο (α).

Άρθρο 4

(1) Εφόσον στην παρούσα Σύμβαση δεν ορίζεται διαφορετικά, οι πολίτες του ενός Μέρους θα τυγχάνουν, κατά την εφαρμογή της νομοθεσίας του άλλου Μέρους, ίσης μεταχείρισης με τους πολίτες του τελευταίου Μέρους.

(2) Παροχές που οφείλονται σύμφωνα με τη νομοθεσία του ενός Μέρους, καταβάλλονται στους πολίτες του άλλου Μέρους των οποίων η συνήθης διαμονή είναι εκτός των περιοχών των συμβαλλομένων Μερών, κάτω από τις ίδιες προϋποθέσεις και στο ίδιο μέτρο που αυτές καταβάλλονται στους πολίτες του πρώτου Μέρους οι οποίοι συνήθως διαμένουν εκτός των περιοχών των δύο Μερών.

(3) Η παράγραφος (1) δεν θα εφαρμόζεται στις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας που αφορούν:

- (α) τη συμμετοχή των ασφαλισμένων και των εργοδοτών στη διοίκηση των φορέων και των ενώσεων καθώς και την επιδικαστική διαδικασία στον τομέα της κοινωνικής ασφάλειας,

(β) την κατανομή των ασφαλιστικών βαρών που απορρέουν από συμβάσεις με τρίτα κράτη,

(γ) την ασφάλιση προσώπων απασχολουμένων σε διπλωματική αποστολή ή προξενική αρχή της Αυστρίας σε τρίτα κράτη ή από μέλος της εν λόγω αποστολής ή αρχής.

(4) Η παράγραφος (1) δεν έχει εφαρμογή στη νομοθεσία της Αυστρίας αναφορικά με την πίστωση περιόδων πολεμικής υπηρεσίας και περιόδων εξομοιουμένων με αυτές, εκτός από τις περιπτώσεις πολιτών της Κύπρου οι οποίοι ήταν πολίτες της Αυστρίας αμέσως πριν από τις 13 Μαρτίου, 1938.

#### Άρθρο 5

(1) Εφόσον στην παρούσα Σύμβαση δεν ορίζεται διαφορετικά, συντάξεις και άλλες χρηματικές παροχές, με εξαίρεση τις παροχές ανεργίας, οφειλόμενες σύμφωνα με τη νομοθεσία του ενός Μέρους, καταβάλλονται στους πολίτες των δύο Μερών ή σ' άλλα πρόσωπα στο μέτρο που αυτά έλκουν δικαίωμα από πολίτη οποιουδήποτε των Μερών, και κατά το χρονικό διάστημα που ο δικαιούχος διαμένει στην περιοχή του άλλου Μέρους.

(2) Η παράγραφος (1) δεν έχει εφαρμογή στο αντισταθμιστικό συμπλήρωμα που προβλέπει η νομοθεσία της Αυστρίας.

#### ΜΕΡΟΣ ΙΙ

#### ΔΙΑΤΑΞΕΙΣ ΓΙΑ ΕΦΑΡΜΟΣΤΕΛ ΝΟΜΟΘΕΣΙΑ

#### Άρθρο 6

Με την επιφύλαξη των διατάξεων των άρθρων 7 έως 9, η ασφαλιστική υποχρέωση προσώπου που ασκεί βιοποριστική

εργασία, ρυθμίζεται σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του Μέρους στην περιοχή του οποίου ασκείται η βιοποριστική εργασία. Τούτο ισχύει και όταν ο τόπος διαμονής του ασκούντος βιοποριστική εργασία προσώπου ή η έδρα της επιχείρησης του εργοδότη του βρίσκεται στην περιοχή του άλλου Μέρους.

### Άρθρο 7

(1) Όταν ασφαλισμένο πρόσωπο αποστέλλεται από την περιοχή του ενός Μέρους για προσωρινή απασχόληση στην περιοχή του άλλου Μέρους από εργοδότη ο οποίος έχει τη διαμονή του ή επιχείρηση στην περιοχή του πρώτου Μέρους, οι διατάξεις της νομοθεσίας του πρώτου Μέρους θα εφαρμόζονται στην περίπτωση του εν λόγω προσώπου κατά τη διάρκεια των πρώτων εικοσιτεσσάρων (24) μηνών της απασχόλησης του στην περιοχή του δευτέρου Μέρους.

(2) Όταν πρόσωπο απασχολούμενο από αεροπορική επιχείρηση, η οποία έχει την έδρα της στην περιοχή του ενός Μέρους, σταλεί για εργασία στην περιοχή του άλλου Μέρους, οι διατάξεις της νομοθεσίας του πρώτου Μέρους θα εφαρμόζονται στην περίπτωση του εν λόγω προσώπου.

(3) Το πλήρωμα ποντοπόρου πλοίου υπάγεται στις διατάξεις της νομοθεσίας του συμβαλλόμενου Μέρους του οποίου τη σημαία φέρει το πλοίο.

### Άρθρο 8

Πρόσωπο απασχολούμενο από την Κυβέρνηση ή από οργανισμό δημοσίου δικαίου του ενός Μέρους, στην περιοχή του άλλου Μέρους, θα υπάγεται αναφορικά με την εν λόγω απασχόληση στη νομοθεσία του τελευταίου Μέρους, μόνο αν είναι

πολίτης του Μέρους αυτού ή αν έχει τη συνήθη διαμονή του στην περιοχή του εν λόγω Μέρους. Στην τελευταία, όμως, περίπτωση, το πρόσωπο αυτό έχει το δικαίωμα, μέσα σε τρεις μήνες από την ημερομηνία έναρξης της απασχόλησης του, να επιλέξει όπως υπαχθεί μόνο στις διατάξεις της νομοθεσίας του πρώτου Μέρους εφόσον είναι πολίτης του Μέρους αυτού.

#### Άρθρο 9

(1) Οι αρμόδιες αρχές των δύο Μερών μπορούν να συμφωνήσουν μεταξύ τους, εξαιρέσεις από τις διατάξεις των Άρθρων 6 έως 8, αν τούτο είναι προς το συμφέρον των άμεσα επηρεαζόμενων προσώπων.

(2) Η εφαρμογή των διατάξεων της παραγράφου (1) του παρόντος Άρθρου προϋποθέτει την από κοινού αίτηση του εργαζομένου και του εργοδότη του.

(3) Όταν, σύμφωνα με τις διατάξεις της παραγράφου (1) του παρόντος Άρθρου και των διατάξεων των Άρθρων 7 και 8, πρόσωπο υπάγεται στη νομοθεσία του ενός Μέρους ενώ ασκεί βιοποριστική εργασία στην περιοχή του άλλου Μέρους, οι διατάξεις της νομοθεσίας αυτής εφαρμόζονται για το πρόσωπο αυτό σαν να ασκούσε βιοποριστική εργασία στην περιοχή του πρώτου Μέρους.



## ΜΕΡΟΣ ΙΙΙ

## ΕΙΔΙΚΕΣ ΔΙΑΤΑΞΕΙΣ

Κεφάλαιο 1Ειδικές διατάξεις που αφορούν τον  
Υπολογισμό των Περιόδων ΑσφάλισηςΆρθρο 10

(1) Για τους σκοπούς υπολογισμού μιας περιόδου ασφάλισης για θεμελίωση δικαιώματος σε παροχή που προβλέπει η υποπαράγραφος 2 της παραγράφου (1) του Άρθρου 2, για κάθε ημέρα ασφάλισης, την οποία το ενδιαφερόμενο πρόσωπο πραγματοποίησε σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας, θα θεωρείται ότι έχει ασφαλιστέες αποδοχές, δύναμει της νομοθεσίας της Κύπρου, ίσες με το ένα έκτο του εβδομαδιαίου ποσού των βασικών ασφαλιστέων αποδοχών και για το σκοπό αυτό ένας μήνας ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας θα ισοδυναμεί με είκοσι έξι ημέρες.

(2) Για σκοπούς υπολογισμού μιας περιόδου ασφάλισης για θεμελίωση δικαιώματος σε παροχή που προβλέπει η νομοθεσία που ορίζεται στην υποπαράγραφο 1 της παραγράφου (1) του Άρθρου 2:

- (α) κάθε εβδομάδα ασφάλισης που πραγματοποιήθηκε πριν από τις 6 Οκτωβρίου, 1980, σύμφωνα με την Κυπριακή νομοθεσία εξομοιώνεται με έξι ημέρες ασφάλισης σύμφωνα με τη νομοθεσία της Αυστρίας,
- (β) οι ασφαλιστέες αποδοχές οποιασδήποτε περιόδου ασφάλισης, που πραγματοποιήθηκε σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου μετά τις

5 Οκτωβρίου, 1980, θα διαιρούνται με το εβδομαδιαίο ποσό των βασικών ασφαλιστέων αποδοχών που ισχύει κατά το σχετικό έτος εισφορών. Το πηλίκο της διαίρεσης θα λογίζεται ότι αντιπροσωπεύει τον αριθμό των εβδομάδων της περιόδου ασφάλισης με τον περιορισμό ότι ο αριθμός αυτός δεν μπορεί να υπερβαίνει τον αριθμό των εβδομάδων για τις οποίες το ενδιαφερόμενο πρόσωπο υπαγόταν στην εν λόγω νομοθεσία. Κάθε τέτοια εβδομάδα θα εξομοιώνεται με έξι ημέρες ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας,

(γ) κάθε είκοσι έξι ημέρες ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου, θα εξομοιώνονται με ένα μήνα ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας και τυχόν υπόλοιπο ημερών θα λογίζεται ως πλήρης μήνας.

(3) Σε περίπτωση που δεν είναι δυνατό να καθοριστεί με ακρίβεια το χρονικό διάστημα μέσα στο οποίο πραγματοποιήθηκαν ορισμένες περίοδοι ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του ενός Μέρους, θα τεκμαίρεται ότι οι περίοδοι αυτές δεν συμπίπτουν χρονικά με περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του άλλου Μέρους.

## Κεφάλαιο 2

### Ασθένεια και Μητρότητα

#### Άρθρο 11

(1) Όταν ένα πρόσωπο έχει, από την τελευταία είσοδο του στην περιοχή του ενός Μέρους, πραγματοποιήσει περιόδους ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του Μέρους

αυτού, τότε, για σκοπούς θεμελίωσης δικαιώματος σε επίδομα ασθένειας ή μητρότητας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του εν λόγω Μέρους, οποιαδήποτε περίοδος ασφάλισης που πραγματοποιήθηκε σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του άλλου Μέρους, θα λογίζεται ως περίοδος ασφάλισης που πραγματοποιήθηκε σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του πρώτου Μέρους.

(2) Πρόσωπο που θα εδικαιούτο επίδομα ασθένειας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών για την ίδια περίοδο ανικανότητας, είτε με βάση τις διατάξεις της παρούσας Σύμβασης είτε διαφορετικά, θα δικαιούται να πάρει επίδομα ασθένειας μόνο σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας δυνάμει της οποίας πραγματοποίησε την τελευταία περίοδο ασφάλισης.

(3) Γυναίκα που θα εδικαιούτο επίδομα μητρότητας σύμφωνα με τις διατάξεις των νομοθεσιών και των δύο Μερών για τον ίδιο τοκετό και την ίδια περίοδο είτε με βάση τις διατάξεις της παρούσας Σύμβασης είτε διαφορετικά, θα δικαιούται να πάρει επίδομα μόνο σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του Μέρους δυνάμει της οποίας πραγματοποίησε την τελευταία περίοδο ασφάλισης.

### Κεφάλαιο 3

#### Εργατικά Ατυχήματα και Επαγγελματικές Ασθένειες

### Άρθρο 12

(1) Όταν πρόσωπο απασχολείται στην περιοχή της Λυστρίας και υπάγεται στη νομοθεσία της Κύπρου σύμφωνα με οποιαδήποτε από τις διατάξεις των Άρθρων 7 έως 9, τότε για σκοπούς οποιασδήποτε απαίτησης δυνάμει της εν λόγω νομοθεσίας για παροχή λόγω εργατικού ατυχήματος ή επαγγελματικής ασθένειας η οποία προκλήθηκε εξαιτίας της απασχόλησης αυτής, το ατύχημα ή η ασθένεια θα θεωρείται αντίστοιχα ότι επισυνέβηκε ή προκλήθηκε στην περιοχή της Κύπρου.

(2) Όταν πρόσωπο για το οποίο εφαρμόζεται η νομοθεσία της Κύπρου, υφίσταται ατύχημα μετά την αναχώρηση του από την περιοχή του ενός Μέρους για να μεταβεί κατά τη διάρκεια της απασχόλησης του στην περιοχή του άλλου Μέρους πριν, όμως, φθάσει στην περιοχή του τελευταίου Μέρους, τότε, για σκοπούς οποιασδήποτε απαίτησης για παροχή αναφορικά με το εν λόγω ατύχημα:

- (α) το ατύχημα θα λογίζεται ότι επισυνέβηκε στην περιοχή της Κύπρου, και
- (β) η απουσία του προσώπου αυτού από την περιοχή της Κύπρου θα αγνοείται προκειμένου να αποφασιστεί αν τούτο απασχολείτο ως μισθωτό πρόσωπο με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου.

### Άρθρο 13

Όταν πρόσωπο προσβληθεί από επαγγελματική ασθένεια ύστερα από απασχόληση του ατис περιοχές και των δύο Μερών σ' επαγγέλματα στα οποία, σύμφωνα με τη νομοθεσία και των δύο Μερών, μπορεί να αποδοθεί η ασθένεια αυτή, τότε θα εφαρμοστεί στην περίπτωση του μόνο η νομοθεσία του Μέρους εκείνου στην περιοχή του οποίου απασχολείτο τελευταία στα επαγγέλματα εκείνα πριν από τη διάγνωση της ασθένειας και για το σκοπό αυτό θα λαμβάνεται επίσης υπόψη, αν τούτο είναι αναγκαίο, απασχόληση σε τέτοια επαγγέλματα στην περιοχή του άλλου Μέρους.

### Άρθρο 14

(1) Πρόσωπο το οποίο, συνεπεία εργατικού ατυχήματος ή επαγγελματικής ασθένειας, έχει δικαίωμα σε παροχές σε είδος σύμφωνα με τη νομοθεσία του ενός Μέρους, λαμβάνει, εφόσο διαμένει στην περιοχή του άλλου Μέρους, σε βάρος

του αρμόδιου φορέα, παροχές σε είδος, με εξαίρεση την επαγγελματική αποκατάσταση, από το φορέα του τόπου διαμονής του με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας που εφαρμόζεται από τον τελευταίο φορέα.

(2) Οι προβλεπόμενες στην παράγραφο (1) παροχές σε είδος, θα χορηγούνται

στην Αυστρία

από το Περιφερειακό Ταμείο Ασθενείας του τόπου διαμονής του ενδιαφερόμενου προσώπου, ή από φορέα ασφάλισης ατυχημάτων,

στην Κύπρο

από τα Κυβερνητικά Νοσοκομεία και Ιδρύματα.

(3) Στις περιπτώσεις που προβλέπονται στην παράγραφο (1), η παροχή τεχνητών μελών, μεγάλων βοηθητικών μέσων και άλλων παροχών σε είδος ουσιώδους σημασίας υπόκειται στην έγκριση του αρμόδιου φορέα στην έκταση που η χορήγηση της παροχής δεν μπορεί να αναβληθεί χωρίς να θέσει σοβαρά σε κίνδυνο τη ζωή ή την υγεία του ενδιαφερόμενου προσώπου.

### Άρθρο 15

(1) Ο αρμόδιος φορέας θα αποδίδει στο φορέα του τόπου της διαμονής του ασφαλισμένου τις δαπάνες που διενεργήθηκαν σύμφωνα με το άρθρο 14, με εξαίρεση τις διοικητικές δαπάνες.

(2) Οι αρμόδιες αρχές μπορούν με σκοπό τη διοικητική απλοποίηση ύστερα από πρόταση των ενδιαφερομένων φορέων να συμφωνήσουν ώστε για όλες τις περιπτώσεις ή για ομάδες περιπτώσεων να διενεργούνται πληρωμές κατ' αποκοπή αντί της επί μέρους εκκαθάρισης.

Κεφάλαιο 4

## Γήρας, Ανικανότητα και Θάνατος (Συντάξεις)

Άρθρο 16

(1) Εκτός αν προβλέπεται διαφορετικά στην παρούσα Σύμβαση, όταν πρόσωπο έχει πραγματοποιήσει περιόδους ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών, οι περίοδοι αυτές, εφόσο δεν συμπίπτουν χρονικά, θα συνυπολογίζονται για σκοπούς απόκτησης δικαιώματος σε παροχή.

(2) Όταν οι περίοδοι ασφάλισης, που λαμβάνονται υπόψη σύμφωνα με τη νομοθεσία του ενός Μέρους για τον υπολογισμό του ποσού της παροχής είναι στο σύνολο τους λιγότερες από δώδεκα μήνες ή από 52 εβδομάδες, τότε δε χορηγείται παροχή σύμφωνα με τις διατάξεις της εν λόγω νομοθεσίας στην περίπτωση αυτή ο αρμόδιος φορέας του άλλου Μέρους λαμβάνει υπόψη τις εν λόγω περιόδους για την κτήση του δικαιώματος σε παροχή καθώς και για τον καθορισμό του ποσού της παροχής, ως αυτές να είχαν πραγματοποιηθεί σύμφωνα με την από το Μέρος αυτό εφαρμοζόμενη νομοθεσία. Οι διατάξεις αυτές δεν ισχύουν, αν το δικαίωμα για παροχή αποκτήθηκε σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του πρώτου Μέρους με βάση αποκλειστικά τις περιόδους ασφάλισης οι οποίες πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της εν λόγω νομοθεσίας.

Τίτλος 1

## Παροχές με βάση τη νομοθεσία της Αυστρίας

Άρθρο 17

Όταν πρόσωπο, το οποίο έχει πραγματοποιήσει περιόδους ασφάλισης σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών, ή ο επιζών του προσώπου αυτού, απαιτεί

παροχή, ο αρμόδιος Αυστριακός φορέας θα καθορίζει το ποσό της παροχής ως εξής:

- (α) Ο φορέας θα καθορίζει, σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας, κατά πόσο το ενδιαφερόμενο πρόσωπο θεμελιώνει δικαίωμα σε παροχή με την άθροιση των περιόδων ασφάλισης, όπως προβλέπεται στο Άρθρο 16.
- (β) Όταν αποφασιστεί ότι υπάρχει δικαίωμα σε παροχή, ο φορέας υπολογίζει αρχικά το θεωρητικό ποσό της παροχής που θα εδικαιούτο ο ενδιαφερόμενος αν οι περίοδοι ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών είχαν πραγματοποιηθεί αποκλειστικά σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας στις περιπτώσεις που το ποσό της παροχής καθορίζεται ανεξάρτητα από τη διάρκεια των περιόδων ασφάλισης, το ποσό αυτό θα θεωρείται ότι είναι το θεωρητικό ποσό.
- (γ) Ο φορέας υπολογίζει στη συνέχεια τη τμηματική παροχή που πρέπει να καταβληθεί με βάση το ποσό που υπολογίστηκε σύμφωνα με τις διατάξεις της υποπαραγράφου (β) κατ' αναλογία της σχέσης της διάρκειας των περιόδων ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας προς το άθροισμα των περιόδων ασφάλισης που λήφθηκαν υπόψη σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών.

#### Άρθρο 18

Ο αρμόδιος Αυστριακός φορέας θα εφαρμόζει τα άρθρα 16 και 17 με βάση τους εξής κανόνες:

1. Για τον καθορισμό του αρμόδιου για καταβολή της παροχής φορέα λαμβάνονται υπόψη μόνο περίοδοι Αυστριακής ασφάλισης.
2. Οι διατάξεις των άρθρων 16 και 17 δε θα έχουν εφαρμογή ούτε στις προϋποθέσεις για θεμελίωση δικαιώματος ούτε στην καταβολή επιδόματος μακράς υπηρεσίας δυνάμει της ασφάλισης συντάξεως μεταλλωρύχων.
3. Για την εφαρμογή του άρθρου 17 ισχύουν τα εξής:
  - (α) Η βάση υπολογισμού της σύνταξης προσδιορίζεται αποκλειστικά από τις περιόδους Αυστριακής ασφάλισης.
  - (β) Οι εισφορές για πρόσθετη ασφάλιση, η πρόσθετη παροχή για τους μεταλλωρύχους, το επίδομα αβοήθων και το αντισταθμιστικό συμπλήρωμα δε λαμβάνονται υπόψη.
4. Για την εφαρμογή των υποπαραγράφων (β) και (γ) του άρθρου 17, περίοδοι ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών και οι οποίες συμπίπτουν χρονικά θα λαμβάνονται υπόψη ως να μη συνέπεσαν χρονικά.
5. Αν, για την εφαρμογή της υποπαραγράφου (γ) του άρθρου 17, η συνολική διάρκεια των περιόδων ασφάλισης, που λαμβάνονται υπόψη σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών, υπερβαίνει τον ανώτατο αριθμό μηνών ασφάλισης για τον υπολογισμό του ποσού αυξήσεως δυνάμει της νομοθεσίας της Αυστρίας, η οφειλόμενη τμηματική σύνταξη θα υπολογιστεί κατ' αναλογία της σχέσης της διάρκειας των περιόδων ασφάλισης που θα ληφθούν υπόψη σύμφωνα με τη νομοθεσία της Αυστρίας προς τον εν λόγω ανώτατο αριθμό.



6. Για τον υπολογισμό του επιδόματος αβοήθητων, θα εφαρμόζονται οι υποπαράγραφοι (β) και (γ) του άρθρου 17· η υποπαράγραφος 11 θα εφαρμόζεται ανάλογα.
7. Το ποσό που υπολογίστηκε σύμφωνα με την υποπαράγραφο (γ) του άρθρου 17 αυξάνεται, όπου τούτο ισχύει, κατά τις οφειλόμενες αυξήσεις λόγω των εισφορών πρόσθετης ασφάλισης, κατά την πρόσθετη παροχή από την ασφάλιση μεταλλωρύχων, κατά το επίδομα αβοήθητων προσώπων και κατά το αντισταθμιστικό συμπλήρωμα.
8. Αν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας η χορήγηση παροχών της ασφάλισης συντάξεως μεταλλωρύχων εξαρτάται από την άσκηση κυρίως μεταλλευτικών δραστηριοτήτων κατά την έννοια των διατάξεων της νομοθεσίας της Αυστρίας σε συγκεκριμένες επιχειρήσεις, τότε από τις Κυπριακές περιόδους ασφάλισης λαμβάνονται υπόψη μόνο εκείνες οι οποίες βασίζονται πάνω σε παρόμοια απασχόληση σε παρόμοιες επιχειρήσεις.
9. Οι ειδικές καταβολές θα οφείλονται κατά την αναλογία της τμηματικής παροχής· η υποπαράγραφος 11 εφαρμόζεται ανάλογα.
10. (α) Αν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας υπάρχει δικαίωμα σε παροχή χωρίς εφαρμογή του άρθρου 16, ο αρμόδιος φορέας υποχρεούται να καταβάλει τη σύνταξη την οφειλόμενη αποκλειστικά με βάση τις περιόδους ασφάλισης που λαμβάνονται υπόψη σύμφωνα με τις διατάξεις της εν λόγω νομοθεσίας, εφόσον δεν υπάρχει δικαίωμα σε αντίστοιχη παροχή δυνάμει της νομοθεσίας της Κύπρου.
- (β) Η σύνταξη που καθορίστηκε σύμφωνα με το εδάφιο (α) της παρούσας υποπαραγράφου πρέπει να ανακαθοριστεί σύμφωνα με τις διατάξεις του άρθρου 17,

ευθύς ως ήθελε προκύψει δικαίωμα σε αντίστοιχη παροχή δυνάμει της νομοθεσίας της Κύπρου. Ο ανακαθορισμός αυτός ισχύει από την ημερομηνία έναρξης της καταβολής της παροχής σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου. Το ανέκκλητο προηγούμενων αποφάσεων δεν εμποδίζει τον ανακαθορισμό αυτό.

11. Αν πρόσωπο έχει, σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας, δικαίωμα σε παροχή χωρίς εφαρμογή του άρθρου 16, και η παροχή αυτή είναι μεγαλύτερη από το άθροισμα της Λυστριακής παροχής που υπολογίστηκε σύμφωνα με την υποπαράγραφο (γ) του άρθρου 17 και της αντίστοιχης Κυπριακής παροχής, ο αρμόδιος φορέας είναι υπόχρεος να χορηγήσει ως τμηματική παροχή, την παροχή που έχει υπολογίσει αυξημένη κατά τη διαφορά μεταξύ του εν λόγω αθροίσματος και της παροχής η οποία θα οφειλόταν αν εφαρμόζονταν μόνο οι διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας.

12. Όταν η γυναίκα θεμελιώνει δικαίωμα σε σύνταξη γήρατος με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου αντί σε σύνταξη χηρείας με βάση την ίδια νομοθεσία, τότε, για σκοπούς υπολογισμού της συντάξεως χηρείας με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας, θα εφαρμόζονται οι διατάξεις του άρθρου 17 και των υποπαραγράφων 10 και 11, ως η γυναίκα να είχε θεμελιώσει δικαίωμα σε σύνταξη χηρείας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου.

## Τίτλος 2

Παροχές με βάση τη νομοθεσία της Κύπρου

### Άρθρο 19

(1) Αν πρόσωπο θεμελιώνει δικαίωμα σε σύνταξη με βάση μόνο της περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα

με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου, τότε χορηγείται η σύνταξη αυτή και οι διατάξεις του άρθρου 16 δεν εφαρμόζονται στην προκείμενη περίπτωση.

(2) (α) Αν πρόσωπο δε θεμελιώνει δικαίωμα σε παροχή με βάση περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου, αλλά θεμελιώνει τέτοιο δικαίωμα με συνυπολογισμό των περιόδων ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών όπως προβλέπεται στο άρθρο 16, τότε ο αρμόδιος φορέας της Κύπρου υπολογίζει το ποσό της συμπληρωματικής παροχής σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου, με βάση αποκλειστικά τις περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας αυτής.

(β) Το ποσό της βασικής παροχής που οφείλεται σύμφωνα με τις διατάξεις της παρούσας Σύμβασης καθορίζεται, στην περίπτωση αυτή, ως εξής:

(1) Ο αρμόδιος φορέας της Κύπρου υπολογίζει το θεωρητικό ποσό της παροχής που θα καταβαλλόταν αν οι περίοδοι ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών, συνυπολογιζόμενες όπως προβλέπεται στο άρθρο 16, είχαν πραγματοποιηθεί αποκλειστικά σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου

(11) Ακολούθως ο φορέας θα επιμερίσει την ως ανωτέρω υπολογισθείσα θεωρητική παροχή κατ' αναλογία της σχέσης των περιόδων ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου προς το άθροισμα των περιόδων αυτών και των περιόδων ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας.

(3) Κατά την εφαρμογή των διατάξεων της παραγράφου (2), όταν, σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Κύπρου, γυναίκα απαιτεί σύνταξη γήρατος, ο αρμόδιος φορέας της Κύπρου λαμβάνει υπόψη, στην κατάλληλη περίπτωση, περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν από το σύζυγο της ενδιαφερόμενης, σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας και των δύο Μερών.

(4) Κατά την εφαρμογή των διατάξεων της νομοθεσίας της Κύπρου που αφορούν τη συντάξιμη ηλικία των μεταλλωρύχων, ο αρμόδιος φορέας της Κύπρου λαμβάνει υπόψη περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τη νομοθεσία της Αυστρίας σε απασχόληση που θα εθεωρείτο ως απασχόληση μεταλλωρύχου σύμφωνα με τη νομοθεσία της Κύπρου.

(5) Κατά την εφαρμογή των διατάξεων των παραγράφων (2) μέχρι (4), ο αρμόδιος φορέας της Κύπρου λαμβάνει υπόψη περιόδους ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας μετά τις 6 Ιανουαρίου 1957 και στο μέτρο που τέτοιες περίοδοι ασφάλισης είναι αναγκαίες για τη θεμελίωση δικαιώματος σε παροχή.

## Κεφάλαιο 5

### Παροχές Ανεργίας

#### Άρθρο 20

(1) Αν πρόσωπο έχει απασχοληθεί μετά την τελευταία είσοδο του στην περιοχή του ενός Μέρους σε απασχόληση η οποία υπάγεται στην ασφάλιση της ανεργίας, τότε, για σκοπούς θεμελίωσης δικαιώματος σ' επίδομα ανεργίας, σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του Μέρους αυτού, οποιαδήποτε περίοδος εισφοράς που πραγματοποιήθηκε σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας του άλλου Μέρους θα λογίζεται ως περίοδος εισφοράς δυνάμει των διατάξεων της νομοθεσίας του πρώτου Μέρους.

παρούσα Συστατική

(β) οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της

παρούσα Συστατική, και

(α) όλα τα μέτρα που λαμβάνονται για την εφαρμογή της

- την άλλη

(2) οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λαμβάνουν υπόψη

Συστατική

(1) οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της παρούσας

Άρθρο 21

ΔΙΑΦΟΡΕΣ ΔΙΑΤΑΞΕΙΣ

ΜΕΡΟΣ IV

Κύρου.

Οταν πρόσωπο απαιτεί επίδομα ανεργίας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, κατά τους πρώτους έξι μήνες από την πρώτη ημέρα για την οποία χορηγείται επίδομα ανεργίας με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της παρούσας. Οταν πρόσωπο απαιτεί επίδομα ανεργίας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, κατά τους επόμενους έξι μήνες από την πρώτη ημέρα για την οποία χορηγείται επίδομα ανεργίας με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της παρούσας. Οταν πρόσωπο απαιτεί επίδομα ανεργίας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, κατά τους επόμενους έξι μήνες από την πρώτη ημέρα για την οποία χορηγείται επίδομα ανεργίας με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της παρούσας.

(2) Η εφαρμογή της παραγράφου (1) σε σχέση με τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας που υποβάλλει αίτηση για επίδομα ανεργίας, κατά τους επόμενους έξι μήνες από την πρώτη ημέρα για την οποία χορηγείται επίδομα ανεργίας με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της παρούσας. Οταν πρόσωπο απαιτεί επίδομα ανεργίας σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, κατά τους επόμενους έξι μήνες από την πρώτη ημέρα για την οποία χορηγείται επίδομα ανεργίας με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας της χώρας, οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις απαιτήσεις της παρούσας.

(3) Οι αρχές και οι φορείς των Μερών θα αλληλοβοηθούνται στην εφαρμογή της Σύμβασης και θα ενεργούν ως εάν θα εφάρμοζαν τη δική τους νομοθεσία. Η βοήθεια αυτή θα παρέχεται δωρεάν.

(4) Οι αρχές και οι φορείς των Μερών δεν επιτρέπεται να μη δέχονται απαιτήσεις και άλλα έγγραφα που τους υποβάλλονται για μόνο το λόγο ότι αυτά έχουν συνταχθεί στην επίσημη γλώσσα του άλλου Μέρους.

(5) Οι αρχές και οι φορείς των Μερών μπορούν κατά την εφαρμογή της παρούσας Σύμβασης να επικοινωνούν απευθείας μεταξύ τους ως και τα ενδιαφερόμενα πρόσωπα ή τους πληρεξουσίους τους.

(6) Ιατρικές εξετάσεις οι οποίες απαιτούνται κατ' εφαρμογή των διατάξεων της νομοθεσίας του ενός Μέρους και αφορούν πρόσωπα που διαμένουν στην περιοχή του άλλου Μέρους, γίνονται ύστερα από αίτηση του αρμόδιου φορέα, από το φορέα του τόπου διαμονής του ενδιαφερόμενου προσώπου. Οι δαπάνες των εν λόγω εξετάσεων βαρύνουν τον τελευταίο φορέα.

#### Άρθρο 22

Για διευκόλυνση της εφαρμογής της παρούσας Σύμβασης, και ιδιαίτερα για τη δημιουργία απλής και ταχείας σύνδεσης μεταξύ των ενδιαφερόμενων φορέων, οι αρμόδιες αρχές των Μερών θα ιδρύσουν υπηρεσίες συνδέσμων.

#### Άρθρο 23

(1) Κάθε απαλλαγή ή μείωση που προβλέπεται από τις διατάξεις της νομοθεσίας του ενός Μέρους για φόρους, χαρτόσημα, δικαστικά τέλη ή τέλη εγγραφής, για έγγραφα ή δικαιολογητικά, τα οποία πρέπει να υποβληθούν σύμφωνα με τις διατάξεις

7) Της προϋπάρχουσας των προϋπολογισμών των ετών, η οποία, σύμφωνα με το άρθρο 24, παράγραφος 1, της Συνταξίας, η οποία...

Μέρος.

3) Αιτήσεις, δηλώσεις ή προσφυγές που πρέπει να υποβληθούν με σκοπό την προετοιμασία του προϋπολογισμού του έτους, σύμφωνα με το άρθρο 24, παράγραφος 1, της Συνταξίας, η οποία...

2) Αίτηση για παροχή του υπολοίπου με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας του έτους, σύμφωνα με το άρθρο 24, παράγραφος 1, της Συνταξίας, η οποία...

1) Αιτήσεις, δηλώσεις ή προσφυγές, οι οποίες υποβάλλονται με σκοπό την προετοιμασία του προϋπολογισμού του έτους, σύμφωνα με το άρθρο 24, παράγραφος 1, της Συνταξίας, η οποία...

Άρθρο 24

2) Δικαιολογητικά και έγγραφα κάθε είδους τα οποία πρέπει να υποβάλλονται σύμφωνα με την παρούσα Σύμβαση δε χρησιμοποιούνται από διπλωματικές ή προξενικές αρχές.

Της νομοθεσίας του έτους, σύμφωνα με το άρθρο 24, παράγραφος 1, της Συνταξίας, η οποία...

χωρίς καθυστέρηση την αίτηση, δήλωση ή προσφυγή στην αντίστοιχη αρμόδια υπηρεσία του άλλου Μέρους.

#### Άρθρο 25

(1) Ο αρμόδιος φορέας του ενός Μέρους, εκπληρώνει τις δυνάμει της παρούσας Σύμβασης υποχρεώσεις του στο νόμισμα του Μέρους αυτού ή σε οποιοδήποτε άλλο ελεύθερα μετατρέψιμο νόμισμα.

(2) Η απόδοση δαπανών σ' εφαρμογή της παρούσας Σύμβασης πρέπει να γίνεται στο νόμισμα του Μέρους στο οποίο ο φορέας, που χορήγησε την παροχή, έχει την έδρα του.

(3) Εμβάσματα με βάση την παρούσα Σύμβαση θα γίνονται σύμφωνα με τις ισχύουσες μεταξύ των δύο Μερών σχετικές διευθετήσεις κατά το χρόνο της αποστολής του εμβάσματος.

#### Άρθρο 26

Όταν ο φορέας ενός Μέρους προέβη σε προκαταβολή παροχής σε οποιοδήποτε πρόσωπο για οποιαδήποτε περίοδο και στο πρόσωπο αυτό οφείλεται αντίστοιχη παροχή για την ίδια περίοδο με βάση τις διατάξεις της νομοθεσίας του άλλου Μέρους, ο φορέας του τελευταίου Μέρους παρακρατεί από την οφειλόμενη παροχή το ποσό που καταβλήθηκε ως προκαταβολή και το διαβιβάζει στο φορέα του πρώτου Μέρους. Αν φορέας του ενός Μέρους κατέβαλε μεγαλύτερη από την οφειλόμενη παροχή για οποιαδήποτε περίοδο, για την οποία ο φορέας του άλλου Μέρους καθίσταται υπόχρεος μεταγενέστερα να καταβάλει αντίστοιχη παροχή, το πέραν από το οφειλόμενο ποσό της παροχής θεωρείται, για σκοπούς του πρώτου μέρους της παραγράφου αυτής, ως προκαταβολή.



Άρθρο 27

(1) Κάθε αμφισβήτηση μεταξύ των Μερών σχετικά με την ερμηνεία ή την εφαρμογή της παρούσας Σύμβασης, θα αποτελεί το αντικείμενο άμεσων διαπραγματεύσεων μεταξύ των αρμόδιων αρχών των Μερών.

(2) Αν η αμφισβήτηση δεν είναι δυνατό να επιλυθεί με αυτό τον τρόπο μέσα σε έξι μήνες από την έναρξη των διαπραγματεύσεων, τότε αυτή ανατίθεται με αίτηση του ενός ή και των δύο Μερών, σε Διαιτητικό Δικαστήριο, του οποίου η σύνθεση και οι κανόνες λειτουργίας θα καθορίζονται με συμφωνία μεταξύ των Μερών.

(3) Το Διαιτητικό Δικαστήριο θα επιλύει την αμφισβήτηση σύμφωνα με το πνεύμα και τις βασικές αρχές που διέπουν την παρούσα Σύμβαση· οι αποφάσεις του θα είναι δεσμευτικές και οριστικές.

## . ΜΕΡΟΣ V

## ΜΕΤΑΒΑΤΙΚΕΣ ΚΑΙ ΤΕΛΙΚΕΣ ΔΙΑΤΑΞΕΙΣ

Άρθρο 28

(1) Η παρούσα Σύμβαση δε θεμελιώνει δικαιώματα καταβολής παροχών για περιόδους που προηγούνται της έναρξης της ισχύος της.

(2) Για τη θεμελίωση δικαιώματος σε παροχή με βάση την παρούσα Σύμβαση, θα λαμβάνονται υπόψη και περίοδοι ασφάλισης που πραγματοποιήθηκαν σύμφωνα με τις νομοθεσίες των Μερών πριν από την έναρξη της ισχύος της παρούσας Σύμβασης.

(3) Με την επιφύλαξη των διατάξεων της παραγράφου (1), η παρούσα Σύμβαση ισχύει επίσης και για ασφαλιστικές περιπτώσεις οι οποίες επήλθαν πριν από την έναρξη της ισχύος

της, εφόσον δικαιώματα που είχαν ήδη αναγνωρισθεί δεν έχουν εξοφληθεί με εφάπαξ πληρωμές. Στις περιπτώσεις αυτές, παροχές οφειλόμενες δυνάμει της παρούσας Σύμβασης θα καθορίζονται σύμφωνα με τις διατάξεις της ύστερα από αίτηση του δικαιούχου. Αν η αίτηση για απονομή της παροχής υποβληθεί μέσα σε δύο χρόνια από την έναρξη της ισχύος της παρούσας Σύμβασης η παροχή χορηγείται από την εν λόγω έναρξη διαφορετικά η παροχή χορηγείται από την ημερομηνία που καθορίζεται σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας κάθε Μέρους.

### Άρθρο 29

Η παρούσα Σύμβαση δε θίγει τα κεκτημένα δικαιώματα οποιουδήποτε προσώπου σύμφωνα με τις διατάξεις της νομοθεσίας της Αυστρίας, το οποίο, για πολιτικούς ή θρησκευτικούς λόγους ή για λόγους καταγωγής, υπέστη βλάβη σ' ότι αφορά δικαιώματα κοινωνικής ασφάλειας.

### Άρθρο 30

- (1) Η παρούσα Σύμβαση χρήζει επικύρωσης. Τα έγγραφα επικύρωσης θα ανταλλάγουν το γρηγορότερο στη Λευκωσία.
- (2) Η παρούσα Σύμβαση θα τεθεί σε ισχύ την πρώτη ημέρα του τρίτου μήνα από εκείνο κατά τον οποίο θα έχουν ανταλλάξει τα έγγραφα επικύρωσης.
- (3) Η παρούσα Σύμβαση συνομολογείται για αόριστη διάρκεια. Δύναται να καταγγελθεί γραπτώς από οποιοδήποτε Μέρος επιδίδοντας δωδεκάμηνη προειδοποίηση στο άλλο Μέρος.
- (4) Σε περίπτωση καταγγελίας της παρούσας Σύμβασης, δικαιώματα που αποκτήθηκαν, σύμφωνα με τις διατάξεις της Σύμβασης μέχρι και την ημερομηνία τερματισμού της ισχύος της, διατηρούνται και γίνονται διαπραγματεύσεις με σκοπό

τη διευθέτηση οποιωνδήποτε δικαιωμάτων που βρίσκονται στο στάδιο της απόκτησης με βάση τις διατάξεις της Σύμβασης.

ΣΕ ΠΙΣΤΩΣΗ ΑΥΤΟΥ, οι πληρεξούσιοι των δύο Μερών υπέγραψαν την παρούσα Σύμβαση.

ΕΓΙΝΕ στη Βιέννη στις 5 Νοεμβρίου, 1991, σε δύο πρωτότυπα στη Γερμανική και Ελληνική γλώσσα και των δύο κειμένων όντων εξίσου αυθεντικών.

Για την Αυστριακή  
Δημοκρατία

Josef HESOUN

Για την Κυπριακή  
Δημοκρατία

Dr. Iacovos ARISTIDOU

**VORBLATT****Problem:**

Die Soziale Sicherheit von Personen, die in Österreich und Zypern Versicherungszeiten zurückgelegt haben, ist insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung allein auf Grund der jeweils national geltenden Bestimmungen nicht umfänglich gewährleistet.

**Ziel und Inhalt:**

Durch das vorliegende Abkommen wird ein umfassender Schutz insbesondere im Bereich der Pensionsversicherung durch die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch, die Leistungsfeststellung entsprechend dem jeweiligen Zeitenverhältnis und den Leistungsexport sichergestellt.

**Alternativen:**

Keine.

**Kosten:**

Keine.

**EG-Konformität:**

Hinsichtlich von Abkommen über Soziale Sicherheit mit Drittstaaten stehen keine EG-Vorschriften in Kraft.

## Erläuterungen

### I. ALLGEMEINER TEIL

#### 1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-zypriotische Abkommen über Soziale Sicherheit enthält gesetzändernde und gesetzergänzende Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Verfassungsändernde Bestimmungen sind in dem Abkommen nicht enthalten.

Die Zuständigkeit des Bundes zum Abschluß des Abkommens ergibt sich aus Art. 10 Abs. 1 Z 2 B-VG („äußere Angelegenheiten“).

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des Abkommens ist zu bemerken, daß aus der Durchführung des Abkommens dem Bund keine Vermehrung des Personalaufwandes erwachsen wird. Bezüglich des Sachaufwandes des Bundes ist festzustellen, daß eine Vermehrung in den Bereichen der Kranken- und Unfallversicherung unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage nicht eintreten wird. Im Bereich der Pensionsversicherung ist das Ausmaß eines allfälligen Pensionsmehreraufwandes im vorhinein weder bestimmbar noch abschätzbar, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Pensionsversicherungsträger aber zweifellos im Hinblick auf die äußerst geringe Fluktuation von erwerbstätigen Personen zwischen den beiden Vertragsstaaten ohne Bedeutung. Der Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung wird daher praktisch nicht berührt werden.

#### 2. Werdegang des Abkommens

Durch die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta, BGBl. Nr. 460/1969, hat Österreich ua. auch die Verpflichtung übernommen, durch den Abschluß von Abkommen Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere eine Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der Ratifikationsstaaten, die

Wahrung der in der Sozialen Sicherheit erworbenen Rechte sowie den Leistungsexport in die anderen Ratifikationsstaaten sicherstellen (Art. 12 Abs. 4). Dieser Verpflichtung ist Österreich in der Vergangenheit durch den Abschluß entsprechender Abkommen über Soziale Sicherheit weitestgehend nachgekommen, wobei hinsichtlich der Priorität jeweils die Größenordnung der von einem solchen Abkommen erfaßten Personen ausschlaggebend war.

Auf Grund eines Hinweises des die Durchführung der Europäischen Sozialcharta überwachenden Expertenausschusses in den Schlußfolgerungen zu einem der letzten Berichte Österreichs betreffend die zwischen Österreich und Zypern diesbezüglich getroffenen Maßnahmen wurden im Herbst 1989 Besprechungen zwischen österreichischen und zypriotischen Experten zur Vorbereitung eines bilateralen Abkommens aufgenommen. In einer weiteren Gesprächsrunde im Juni 1990 konnte ein Abkommensentwurf ausgearbeitet werden. Nachdem einige insbesondere auch unter Berücksichtigung des Begutachtungsverfahrens noch erforderliche Änderungen auf schriftlichem Weg vereinbart wurden, wurde das Abkommen in der Folge am 5. November 1991 in Wien unterzeichnet.

#### 3. Das Abkommen im allgemeinen

Das Abkommen entspricht in materiellrechtlicher Hinsicht den in letzter Zeit von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen. Unter Berücksichtigung des zypriotischen Systems der Sozialen Sicherheit umfaßt es jedoch keine Regelungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung im Bereich der Krankenversicherung sowie betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Das Abkommen ist in fünf Abschnitte gegliedert:

Abschnitt I enthält allgemeine Bestimmungen und legt im wesentlichen den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich, den Grundsatz der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie die Gebietsgleichstellung hinsichtlich der Gewährung von Geldleistungen aus der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung fest.

Abschnitt II normiert in bezug auf die jeweils hinsichtlich der Versicherungspflicht anzuwendenden Rechtsvorschriften den Territorialitätsgrundsatz sowie Ausnahmen von diesem Grundsatz und sieht die Möglichkeit vor, im Einzelfall Ausnahmen hievon zu vereinbaren.

Abschnitt III enthält neben besonderen Bestimmungen betreffend die Umrechnung des zypriotischen „Grundbetrages der versicherten Einkünfte“ in österreichische Versicherungszeiten und umgekehrt die besonderen Bestimmungen betreffend die einzelnen Leistungsarten:

Für den Bereich der Krankenversicherung ist im wesentlichen nur die Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten für den Erwerb eines Leistungsanspruches vorgesehen.

In der Unfallversicherung ist eine Zuordnung der Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen an den zuletzt zuständig gewesenen Versicherungsträger sowie eine aushilfsweise Sachleistungsgewährung bei Aufenthalt im jeweils anderen Vertragsstaat zu Lasten des zuständigen Versicherungsträgers vorgesehen.

Im Bereich der Pensionsversicherung erfolgt die Leistungsfeststellung sowohl auf österreichischer als auch auf zypriotischer Seite unter Zusammenrechnung der in den beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten grundsätzlich entsprechend dem Zeitenverhältnis (pro-rata-temporis).

In der Arbeitslosenversicherung werden für die Erfüllung der Anwartschaftszeit für die Gewährung des Arbeitslosengeldes die arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigungen in den beiden Vertragsstaaten zusammengerechnet.

Abschnitt IV enthält verschiedene Bestimmungen über die Durchführung und Anwendung des Abkommens.

Abschnitt V enthält Übergangs- und Schlußbestimmungen.

#### 4. Übersicht über das zypriotische System der Sozialen Sicherheit

Das seit 6. Oktober 1980 in Kraft stehende geltende zypriotische Sozialversicherungssystem hat das seit 1957 bestandene Einheitsleistungssystem in modifizierter Form übernommen und durch einkommensbezogene Leistungen ergänzt.

Das Sozialversicherungssystem umfaßt folgende Leistungen:

- Heiratszuschuß, Mutterschaftszuschuß und Mutterschaftsbeihilfe (Wochengeld),
- Bestattungszuschuß,
- Kranken- und Arbeitslosengeld,
- Invaliditäts- und Alterspension,
- Witwen- und Waisenpension,

— Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

Die nachstehende Übersicht über die vom Abkommen erfaßten Leistungen stellt auf die im Juni 1990 geltende Rechtslage ab. Für diesen Monat betrug der errechnete Mittelwert 1 zypriotisches Pfund = 25,40 Schilling.

#### Organisation und Verwaltung

Die Durchführung der Sozialversicherung obliegt dem Amt für Sozialversicherungsdienste mit seinen örtlichen Stellen unter der Kontrolle des Ministeriums für Arbeit und Sozialversicherung.

#### Finanzierung

Die „versicherten Einkünfte“ umfassen die „Grundeinkünfte“ bis 33,50 Pfund wöchentlich bzw. 1 742 Pfund jährlich („unteres Band“) und die darüber hinausgehenden Einkünfte bis zum sechsfachen der Grundeinkünfte („oberes Band“).

Die Beiträge betragen für Arbeitnehmer 12% der versicherten Einkünfte (je zur Hälfte Arbeitnehmer und Arbeitgeber), für selbständig Erwerbstätige 11% und für freiwillig Versicherte 12%. Für die Angehörigen der Nationalgarde (Wehrdienst) ist ein Einheitsbetrag festgesetzt. Der Staatszuschuß beträgt für alle versicherten Personen 3,5% ihrer versicherten Einkünfte.

#### Geschützter Personenkreis

Der Pflichtversicherung unterliegen alle Arbeitnehmer (einschließlich Lehrlinge) privater und öffentlicher Arbeitgeber mit einem Entgelt über 1 Pfund wöchentlich (4 Pfund monatlich für Angestellte) sowie selbständig Erwerbstätige. Angehörige der Nationalgarde, die ihren Wehrdienst ableisten, sind nur hinsichtlich Invalidität und Tod geschützt.

Die freiwillige Versicherung ist möglich für Arbeitnehmer, die für einen zypriotischen Arbeitgeber im Ausland tätig sind, sowie für Personen, die bereits Beiträge in der Höhe des 156fachen der Grundeinkünfte gezahlt haben oder in Zypern wohnen und mindestens Beiträge in der Höhe des 52fachen der Grundeinkünfte gezahlt haben.

Beiträge werden für bestimmte Zeiten gutgeschrieben (insbesondere Zeiten der Schul- und Berufsausbildung nach dem 16. Lebensjahr, Zeiten eines Leistungsbezuges wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder Invalidität).

Im Falle der Invalidität oder des Todes einer versicherten Person vor dem Pensionsalter werden für die Zeit bis zum Pensionsalter Beiträge entsprechend der Höhe der durchschnittlichen Einkünfte der letzten fünf Jahre im oberen Band gutgeschrieben.

Für Personen, die am 6. Oktober 1980 das 50. Lebensjahr aber noch nicht das 63. Lebensjahr vollendet hatten, werden besondere Beiträge gutgeschrieben.

#### Leistungen

Alle laufenden Leistungen, die zwölfmal jährlich gezahlt werden, bestehen aus der Grundleistung, die auch die Erhöhungen für die Angehörigen umfaßt, und der Zusatzleistung.

Besteht Anspruch auf mehr als eine Leistung für denselben Zeitraum, so gebührt jeweils nur die höhere Leistung.

#### a) Mutterschaftsbeihilfe (Wochengeld)

Die Mutterschaftsbeihilfe gebührt in der Höhe von 75% der versicherten Einkünfte des vorangegangenen Beitragsjahres für die Dauer von zwölf Wochen und kann zwei bis sechs Wochen vor der voraussichtlichen Entbindung in Anspruch genommen werden.

Anspruch besteht, wenn

- insgesamt eine Versicherung während mindestens 26 Wochen besteht, während denen Beiträge mindestens in der Höhe des 26fachen der versicherten Grundeinkünfte bezahlt wurden und
- Beiträge in der Höhe des 20fachen der versicherten Grundeinkünfte im letzten Beitragsjahr gezahlt oder gutgeschrieben wurden.

Freiwillige Beiträge werden für den Anspruch auf Mutterschaftsbeihilfe nicht berücksichtigt.

#### b) Krankengeld

Krankengeld gebührt nach einer Wartezeit von drei Tagen (18 Tagen für selbständig Erwerbstätige, ausgenommen bei Unfällen oder Anstaltspflege) für die Dauer von höchstens einem Jahr.

Der Grundbetrag des Krankengeldes beträgt 60% der versicherten Grundeinkünfte des letzten Beitragsjahres und erhöht sich um ein Drittel für den ersten Angehörigen und je ein Sechstel für den zweiten und dritten Angehörigen. Der Zusatzbetrag beträgt 50% der versicherten Einkünfte im oberen Band bis höchstens zum zweifachen der Grundeinkünfte.

Anspruchsvoraussetzungen: wie für die Mutterschaftsbeihilfe, wobei aber auch freiwillige Beiträge während einer Beschäftigung im Ausland berücksichtigt werden.

#### c) Arbeitslosengeld

Arbeitslosengeld gebührt Arbeitnehmern im Falle einer unfreiwilligen Arbeitslosigkeit für die Dauer

von höchstens 156 Tagen in der Höhe des Krankengeldes.

Anspruchsvoraussetzungen: wie für Mutterschaftsbeihilfe, wobei aber nur Beiträge als Arbeitnehmer sowie freiwillige Beiträge während einer Beschäftigung im Ausland ab der sechsten Woche berücksichtigt werden.

#### d) Invaliditätspension

Die Invaliditätspension gebührt bei dauernder Erwerbsunfähigkeit ab dem 7. Monat der Erwerbsunfähigkeit.

Der Grundbetrag der Invaliditätspension beträgt 60% des Durchschnitts der versicherten Grundeinkünfte vor der Vollendung des 16. Lebensjahres (frühestens vom 5. Oktober 1964) bis zum Eintritt der Invalidität und erhöht sich um ein Drittel für den ersten Angehörigen und je ein Sechstel für den zweiten und dritten Angehörigen.

Die Zusatzpension beträgt  $\frac{1}{2}$  von 1,5% der gesamten versicherten Einkünfte im oberen Band.

Anspruch auf Invaliditätspension besteht, wenn

- Beiträge in mindestens drei Jahren von versicherten Einkünften im unteren Band in der Höhe von mindestens dem 156fachen des wöchentlichen Grundbetrages gezahlt wurden,
- Beiträge in der Höhe des 20fachen der Grundeinkünfte im letzten Beitragsjahr (oder durchschnittlich des 20fachen in den letzten beiden Beitragsjahren) gezahlt oder gutgeschrieben wurden und
- der Durchschnitt der gezahlten oder gutgeschriebenen Beiträge im unteren Band vor der Vollendung des 16. Lebensjahres (frühestens vom 5. Oktober 1964) bis zum Eintritt der Invalidität mindestens ein Viertel der Grundeinkünfte beträgt.

Für die Anspruchsvoraussetzungen werden die Beiträge als Arbeitnehmer und als selbständig Erwerbstätiger sowie die freiwilligen Beiträge während einer Beschäftigung im Ausland berücksichtigt.

Wurde die Invalidität durch einen Unfall verursacht, besteht Anspruch, wenn die Anspruchsvoraussetzungen für das Krankengeld erfüllt sind.

#### e) Alterspension

Die Alterspension gebührt ab dem 65. Lebensjahr für Männer und dem 63. Lebensjahr für Frauen, ohne daß die Aufgabe der Erwerbstätigkeit erforderlich ist. Bergleute, die nicht mehr im Bergbau tätig sind, können die Alterspension für jeweils fünf Jahre einer Bergbautätigkeit um ein Jahr früher in Anspruch nehmen (frühestens ab dem 60. Lebensjahr).

Die Alterspension gebührt in der Höhe der Invaliditätspension.

Die Anspruchsvoraussetzungen entsprechen der ersten und dritten Anspruchsvoraussetzung für die Invaliditätspension, wobei aber alle freiwilligen Beiträge berücksichtigt werden.

Besteht kein Anspruch auf Alterspension, so gebührt eine einmalige Abfindung.

Eine Witwe kann die Berücksichtigung des Versicherungsverlaufes des verstorbenen Ehegatten in Anspruch nehmen, wenn diese günstiger ist. Besteht Anspruch auf Witwen- und Alterspension, wird die Alterspension in bestimmten Grenzen um den Betrag der Witwenpension erhöht.

#### f) Witwen(Witwer)pension

Die Witwen(Witwer)pension gebührt der Witwe und unter bestimmten Voraussetzungen dem Witwer, wenn der (die) verstorbene Versicherte zum Zeitpunkt des Todes die Anspruchsvoraussetzungen für die Alterspension erfüllt.

Wurde der Tod durch einen Unfall verursacht, besteht Anspruch, wenn die Anspruchsvoraussetzungen für die Mutterschaftsbeihilfe erfüllt sind, wobei aber auch freiwillige Beiträge berücksichtigt werden.

Der Grundbetrag der Witwen(Witwer)pension gebührt in der Höhe des Grundbetrages der Invaliditätspension. Der Zusatzbetrag beträgt 60% des Zusatzbetrages der Invaliditäts- oder Alterspension, auf die der (die) verstorbene Versicherte Anspruch gehabt hat oder gehabt hätte.

Ist nur die erste der beiden Anspruchsvoraussetzungen erfüllt, gebührt eine Abfindung.

Bei Wiederverheiratung gebührt eine Abfertigung in der Höhe einer Jahrespension.

#### g) Waisenpensionen

Die Waisenpension gebührt Vollwaisen oder Halbwaisen, wenn der überlebende Ehegatte keinen Anspruch auf eine Witwen(Witwer)pension hat, bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres (des 23. bzw. 25. Lebensjahres für weibliche bzw. männliche Waisen bei Schul- oder Berufsausbildung, unbeschränkt bei Erwerbsunfähigkeit).

Der Grundbetrag der Waisenpension für eine Vollwaise beträgt 40% der versicherten Grundeinkünfte. Der Zusatzbetrag beträgt 50% der Witwenpension, jedoch höchstens 100% bei mehr als zwei Vollwaisen.

Die Waisenpension für Halbwaise beträgt 20% der versicherten Grundeinkünfte für eine Waise, 30% für zwei Waisen und 40% für drei oder mehr Waisen.

#### h) Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Anspruch auf Leistungen besteht für Arbeitnehmer, die auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit vorübergehend oder dauernd erwerbsunfähig sind, oder im Falle ihres Todes deren Hinterbliebene.

Arbeitsunfähigkeitsleistung gebührt bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit in der Höhe des Krankengeldes bis zur Dauer von zwölf Monaten.

Versehrtenleistung gebührt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 10% (1% bei Pneumokoniose). Der Basisbetrag beträgt bei 100%iger Minderung 60% der versicherten Grundeinkünfte und erhöht sich um ein Drittel für einen Angehörigen und ein Sechstel für den zweiten und dritten Angehörigen. Der Zusatzbetrag beträgt 60% des Durchschnitts der versicherten Einkünfte des zweiten Bandes in den letzten zwei Jahren vor Eintritt des Versicherungsfalles. Bei geringerer Erwerbsminderung gebührt die Versehrtenleistung in entsprechender Höhe, bei einer Erwerbsminderung zwischen 10% und 19% gebührt eine Abfindung in der Höhe zwischen 732 Pfund und 1 093 Pfund.

Hilflosenbeihilfe gebührt bei dauernder Pflegebedürftigkeit in der Höhe von 10,93 Pfund wöchentlich.

Witwen(Witwer)pension gebührt der Witwe und unter bestimmten Voraussetzungen dem Witwer. Der Grundbetrag entspricht dem Grundbetrag der Versehrtenrente bei 100%iger Erwerbsminderung. Der Zusatzbetrag beträgt 60% des Zusatzbetrages der Versehrtenleistung bei 100%iger Erwerbsminderung.

Waisenleistungen gebühren Waisen in dem Umfang und in der Höhe wie die gewöhnliche Waisenleistung.

Elternbeihilfe gebührt den unterhaltsberechtigten Eltern, wenn keine sonstigen Hinterbliebenen vorhanden sind, und besteht aus einem Grundbetrag von 40% der versicherten Grundeinkünfte für jeden Elternteil und einem Zusatzbetrag von 30% des Zusatzbetrages der Versehrtenleistung bei 100%iger Erwerbsminderung.

Sachleistungen werden im erforderlichen Ausmaß von den öffentlichen Spitälern und Einrichtungen auf Kosten des Sozialversicherungsfonds erbracht.

## II. BESONDERER TEIL

Die einzelnen Regelungen des Abkommens entsprechen weitestgehend den in letzter Zeit von Österreich mit anderen Vertragsstaaten geschlossenen Abkommen, wie zB mit Finnland (BGBl. Nr. 349/1987) und Irland (BGBl. Nr. 486/1989).



sowie im Hinblick auf eine sehr ähnliche innerstaatliche Rechtslage in Zypern und Großbritannien, in einzelnen Bereichen insbesondere auch dem Abkommen mit Großbritannien in der Fassung des Zusatzabkommens (BGBl. Nr. 117/1981 und BGBl. Nr. 436/1987).

#### Zu Art. 1:

Dieser Artikel enthält die in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit üblichen Begriffsbestimmungen.

#### Zu Art. 2:

Der im Abs. 1 normierte sachliche Geltungsbereich des Abkommens entspricht dem Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit und umfaßt auf österreichischer Seite im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung die Systeme sowohl der unselbständig als auch der selbständig Erwerbstätigen sowie das Arbeitslosengeld.

Auf zypriotischer Seite werden die entsprechenden Zweige und Leistungen erfaßt.

Die Abs. 2 und 3 entsprechen den in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen vorgesehenen Regelungen.

#### Zu Art. 3:

Dieser Artikel legt den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, der wie zB die Abkommen mit Großbritannien und Irland ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten versichert sind oder waren, sowie deren Angehörige und Hinterbliebene umfaßt.

#### Zu Art. 4:

Die im Abs. 1 festgelegte Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen entspricht in Verbindung mit den im Abs. 3 vorgesehenen Ausnahmen den entsprechenden Regelungen in den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit.

Durch die Bestimmungen des Abs. 2 wird sichergestellt, daß die Staatsangehörigen beider Staaten auch hinsichtlich des Exportes von Leistungen in Drittstaaten gleich behandelt werden.

Die im Abs. 4 vorgesehene Regelung sieht entsprechend der Neufassung des Anhanges VII Abschnitt I Abs. 3 zum Europäischen Abkommen über Soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 658/1990, die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen

gleichgehaltenen Zeiten in der österreichischen Pensionsversicherung für „Altösterreicher“ vor, die nunmehr zypriotische Staatsangehörige sind.

#### Zu Art. 5:

Die im Abs. 1 normierte Gebietsgleichstellung sichert entsprechend den in allen von Österreich geschlossenen Abkommen vorgesehenen Regelungen den Export der vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens erfaßten Leistungen im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung für die Staatsangehörigen der beiden Vertragsstaaten sowie für deren Angehörige und Hinterbliebenen.

Wie in allen Abkommen ist die Ausgleichszulage aus der österreichischen Pensionsversicherung vom Export ausgenommen (Abs. 2).

#### Zu den Art. 6 bis 9:

Diese Bestimmungen regeln die sich aus der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ergebende Versicherungspflicht, wobei entsprechend den von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit grundsätzlich auf das Territorialitätsprinzip abgestellt wird (Art. 6).

Art. 7 sieht in den Abs. 1 und 2 die in allen Abkommen über Soziale Sicherheit enthaltenen Ausnahmen vom Territorialitätsprinzip für entsendete Dienstnehmer sowie im Abs. 3 eine ergänzende Zuordnungsregelung für die Beschäftigung auf Seeschiffen vor. Die im Abs. 2 vorgesehene unbefristete Entsenderegelung ist wie im Großteil der von Österreich geschlossenen Abkommen (siehe zB Art. 7 Abs. 2 des Abkommens mit Irland) auf Luftfahrtunternehmen eingeschränkt.

Art. 8 sieht Sonderregelungen für den Bereich des öffentlichen Dienstes vor und entspricht dem Art. 8 des Abkommens mit Irland.

Art. 9 enthält die in allen Abkommen über Soziale Sicherheit vorgesehene Ausnahmemöglichkeit und entspricht dem Art. 9 des Abkommens mit Irland.

#### Zu Art. 10:

Ähnlich wie in Großbritannien hat Zypern mit Einführung des neuen Systems ab 6. Oktober 1980 seine Rechtslage dahingehend geändert, daß als allgemeine Anspruchsvoraussetzung nicht mehr die Erfüllung einer bestimmten Wartezeit durch Versicherungszeiten vorgesehen ist, sondern daß der Leistungsanspruch davon abhängt, daß für jede Leistung die jeweils näher festgelegten Beiträge in der Höhe eines bestimmten Vielfachen des wöchentlichen Grundbetrages der versicherten Einkünfte gezahlt wurden.

Entsprechend dem Art. 10 des Abkommens mit Großbritannien sehen daher die Bestimmungen des vorliegenden Artikels die Umrechnung der österreichischen Versicherungszeiten in versicherte Einkünfte nach den zypriotischen Rechtsvorschriften und umgekehrt vor. Gleichzeitig erfolgt auch eine Umrechnung der österreichischen Versicherungsmonate in zypriotische Wochen und umgekehrt, wobei entsprechend den im Bereich des Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit geltenden Regelungen ein Monat 26 Tagen entspricht bzw. sechs Tage einer Woche entsprechen und ergänzend klargestellt wird, daß Resttage als ein ganzer Monat zu berücksichtigen sind.

#### Zu Art. 11:

Die Regelungen betreffend Krankheit und Mutterschaft entsprechen im wesentlichen Art. 11 des Abkommens mit Großbritannien und tragen der besonderen Rechtslage in Zypern Rechnung, nach der wie in Großbritannien für einen Leistungsanspruch nicht das Bestehen einer Versicherung im Zeitpunkt des Eintrittes des Versicherungsfalles, sondern im wesentlichen die Entrichtung von bestimmten Mindestbeiträgen im zuletzt vorangegangenen Beitragsjahr (= Kalenderjahr) maßgebend ist.

Hinsichtlich der im Abs. 1 vorgesehenen Berücksichtigung der im anderen Vertragsstaat zurückgelegten Versicherungszeiten ist zu bemerken, daß sich die Regelung im österreichischen Rechtsbereich auch auf den Anspruch auf Sachleistungen bezieht (insbesondere in bezug auf die Wartezeit nach § 121 Abs. 1 ASVG für Selbstversicherte bzw. deren Entfall nach Abs. 2 leg.cit.). Zu den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 ist ergänzend festzuhalten, daß hiedurch praktisch nur ein zypriotischer Anspruch auf Kranken- bzw. Wochengeld für den Fall ausgeschlossen wird, daß zuletzt keine aktuelle Versicherung in Zypern bestanden hat.

#### Zu den Art. 12 bis 15:

Die den Bereich der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten betreffenden Regelungen sehen neben der unilateral für die zypriotische Seite geltenden Bestimmungen des Art. 12 primär im Art. 13 die erforderliche Zuordnung der Leistungspflicht bei Berufskrankheiten in Kollisionsfällen entsprechend den anderen von Österreich geschlossenen Abkommen (zB. Art. 23 des Abkommens mit Finnland) an den zuletzt zuständigen Versicherungsträger vor. Darüber hinaus ist unter Berücksichtigung der in diesem Bereich geltenden zypriotischen Rechtslage eine aushilfsweise Sachleistungsgewährung zu Lasten des zuständigen Versicherungsträgers vorgesehen (Art. 14 und 15, die praktisch wörtlich den Art. 21 und 22 des Abkommens mit Finnland entsprechen).

#### Zu den Art. 16 bis 19:

Diese Bestimmungen betreffen die Gewährung von Leistungen aus der österreichischen bzw. zypriotischen Pensionsversicherung und entsprechen praktisch wörtlich den im Verhältnis zu den anderen Vertragsstaaten Österreichs in jüngster Zeit getroffenen Regelungen (zB. Art. 10 bis 13 des Abkommens mit Irland), wobei Art. 10 die bilateralen Regelungen betreffend die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten und die Mindestdauer der Versicherungszeiten für die Gewährung von Leistungen enthält, während die Art. 17 und 18 die unilateralen österreichischen und Art. 19 die unilateralen zypriotischen Berechnungsregelungen vorsehen. Wie alle von Österreich geschlossenen Abkommen ist hiebei die Berechnung der österreichischen Leistungen generell nach der pro-rata-temporis-Methode vorgesehen, während auf zypriotischer Seite grundsätzlich die innerstaatlich gebührende Leistung zu gewähren ist (Art. 19 Abs. 1) und in den Fällen, in denen nur auf Grund der Zusammenrechnung der beiderseitigen Versicherungszeiten ein Leistungsanspruch gegeben ist, lediglich eine Proratisierung der Grundleistung vorgesehen ist (Art. 19 Abs. 2). Die Abs. 3 bis 5 des Art. 19 enthalten die erforderlichen ergänzenden Regelbestimmungen für die zypriotische Seite.

#### Zu Art. 20:

Die Regelungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, die sich auf österreichischer Seite ausschließlich auf das Arbeitslosengeld beziehen (siehe Art. 2 Abs. 1 Z 1 lit. d), tragen wie hinsichtlich des Bereiches der Krankenversicherung der besonderen Rechtslage in Zypern Rechnung und entsprechen den Art. 13 und 14 des Abkommens mit Großbritannien, wobei lediglich die dort jeweils unilateralen Regelungen betreffend die Berücksichtigung der im anderen Vertragsstaat zurückgelegten Beschäftigungszeiten im Verhältnis zu Zypern bilateral gefaßt werden konnten.

#### Zu den Art. 21 bis 27:

Die in diesen Artikeln enthaltenen verschiedenen Bestimmungen betreffend die Durchführung des Abkommens entsprechen grundsätzlich den in allen von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit enthaltenen Regelungen (siehe zB. Art. 29 bis 35 des Abkommens mit Finnland), wobei gegenüber dem Abkommen mit Finnland auch eine ergänzende Regelung betreffend den möglichen Direktverkehr mit den Beteiligten vorgesehen ist (Art. 21 Abs. 5) und über zypriotischen Wunsch die Leistungserbringung auch in einer anderen frei konvertierbaren Währung ermöglicht wird (Art. 25 Abs. 1).

#### Zu den Art. 28 bis 30:

Diese Artikel enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen (siehe zB. Art. 21 bis 23 des Abkommens mit Irland).